

zirksleitung Leipzig die Werkleiter, Parteisekretäre und BGL-Vorsitzenden der Werkzeugmaschinenbaubetriebe des Bezirks Leipzig zu einer Beratung zusammen. Es ging um die Auswertung der Erkenntnisse des Genossen Dr. Scholl von der Hochschule für Ökonomie und Planung, die er im VEB Feinstmaschinenbau Dresden bei Ermittlung der wirklichen Kapazität gesammelt hatte. Die Betriebe sollten dadurch Anregungen erhalten, der Initiative der Werktätigen des VEB „Modul“ nachzueifern. Es wurde den Betrieben auch dargelegt, wieviel Werkzeugmaschinen verschiedenster Art entsprechend dem Bedarf noch in diesem Jahr über den Plan hinaus zu fertigen seien. In einer zweiten Beratung Mitte Mai sollten die Betriebe konkrete Vorschläge und Verpflichtungen unterbreiten.

Während die meisten anwesenden Genossen, so z. B. die des VEB Werkzeugmaschinenfabrik Bad Dübén, ihre Bereitschaft zum Ausdruck brachten, die vorhandenen Möglichkeiten für eine überplanmäßige Produktion sehr eingehend zu prüfen, nahmen einige Genossen von vornherein eine ablehnende Haltung ein.

Vom VEB „John Schehr“, Meuselwitz, war der Parteisekretär, Genosse Hanka, allein erschienen und erklärte, daß es völlig unmöglich sei, zusätzlich weitere Werkzeugmaschinen zu produzieren. Er zweifle an der Möglichkeit, den Staatsplan 1956 zu erfüllen und sei nur gekommen, um mitzuteilen, daß der Betrieb noch Aufträge zurückgeben müsse. Genosse Hanka ging in seiner Argumentation noch weiter. Anstatt das Beispiel des VEB „Modul“ zum Anlaß zu nehmen, um im eigenen Betrieb durch entsprechende gute Aufklärungsarbeit zu einem ähnlichen Ergebnis zu kommen, diskreditierte er die Initiative und die Leistungen der Werktätigen des VEB „Modul“, indem er erklärte: „Die sollen den Mund nicht so voll nehmen!“ Mit Recht wiesen die Anwesenden den Genossen Hanka darauf hin, daß es seine Aufgabe sein müsse, mit Hilfe der Betriebsparteiorganisation alle Kräfte seines Betriebes zu mobilisieren, alle Möglichkeiten auszunutzen, um die Pläne zu erfüllen und überzuerfüllen.

#

Zur zweiten Beratung am 16. Mai kamen die Genossen des VEB Fräsmaschinenwerk Leipzig mit der konkreten Verpflichtung, 1956 für über 300 000 DM Maschinen zusätzlich herzustellen. Der Werkleiter, Genosse Voigt, hatte aus der ersten Beratung die richtigen Schlußfolgerungen gezogen und die vorhandenen Reserven durch eine exakte Kapazitätsermittlung ermittelt. Anders hingegen war es bei den Genossen des VEB „John Schehr“. Auf der zweiten Beratung erschienen außer dem Parteisekretär auch der Werkleiter und ein Mitglied der BGL. Sie kamen ohne jegliche Verpflichtung und erklärten wie aus einem Munde, in ihrem Betrieb sei keine zusätzliche Produktion möglich. Dies sei das Ergebnis der Aussprachen zwischen Partei-, Werk- und Betriebsgewerkschaftsleitung sowie der Belegschaft.

Einigen anwesenden Genossen waren aber die wahren Verhältnisse in diesem Betrieb bekannt und es erfolgte eine ernste Kritik. Die Belegschaft war genauso wie im VEB „Modul“ gewillt, den Plan zu erfüllen, aber es bestand keine richtige Klarheit. Wenn die Zusammenarbeit zwischen den Funktionären der Betriebsparteiorganisation, der Gewerkschaft und der Werkleitung zu wünschen übrigläßt, jeder versuchte, getrennt von den anderen, die dem Betrieb gestellten